

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Zur Ausgabe erscheint jeden Freitag abends. Hauptpreis: Bei Abnahme in den Monatsheften monatlich 4,00 Mk., bei Abnahme in den Quartalen 12,00 Mk., bei Abnahme in den Halbjahren 24,00 Mk., bei Abnahme in den Jahren 48,00 Mk. — Anzeigenpreise werden nach dem Platz und nach der Wichtigkeit der Anzeigen bestimmt. — Anzeigenpreise werden nach dem Platz und nach der Wichtigkeit der Anzeigen bestimmt. — Anzeigenpreise werden nach dem Platz und nach der Wichtigkeit der Anzeigen bestimmt.

Einzelgenuss: Die 24 mit dreizehn einblättrigen Heften 25 Mk., in einzelnen Heften die 12 mit dreizehn Heften 10,00 Mk., in einzelnen Heften die 12 mit dreizehn Heften 10,00 Mk., in einzelnen Heften die 12 mit dreizehn Heften 10,00 Mk.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ilzha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberger und der Gemeinde Niederwiesa. Notationsdruck und Verlag: E. G. Köhler (Inhaber Ernst Köhler jun.) in Frankenberger. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Wegert in Frankenberger.

Nr. 300

Donnerstag den 28. Dezember 1922 nachmittags

81. Jahrgang

Die Sparkassen der Städte und Gemeinden

Angustsburg, Auerwalde, Dittersdorf, Eppendorf, Erdmannsdorf, Ilzha, Grünhainichen, Krumbornsdorf, Niederwiesa und Waldkirchen

verzinsen die Spareinlagen vom 1. Januar 1923 an mit 4 Prozent.

Arbeitsgemeinschaft der Spar- und Girokassen im Verwaltungsbezirk Ilzha. Sitz Erdmannsdorf.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederwiesa

Ausschuß-Sitzung

Sonnabend den 6. Januar 1923 abends 7 Uhr im Bahnhof-Restaurant Niederwiesa

Tagesordnung: 1. Wahl der Rechnungsprüfer. 2. Festlegung des Voranschlags für 1923. 3. Sonstige Angelegenheiten.

Um pünktliches Erscheinen der gewählten Vertreter ersucht der Vorstand, Ernst Langer, Vor.

Tagblatt-Bestellungen nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten entgegen.

Das Wichtigste vom Tage

Die Reparationskommission hat die „abschließlichen Vorschläge“ Deutschlands in bezug auf Holzlieferungen fest.

Der Reichspostminister hat den Mitgliedern des Reichspräsidenten eine Gedächtnisrede gehalten, die zum 15. Januar eine im Durchschnitt hundertprozentige Steigerung der ersten März in Kraft getretene Gehührensätze vorsieht.

Am 21. Dezember sollen die Bergwerke von Flamaun-Dietze, die Thronen vor dem Kriege gehörten, versteigert werden. Der Versteigerungspreis betrug 3 Millionen. Es fand sich aber kein Bieter. Daher wird bei der nächsten Versteigerung der Preis auf 1 1/2 Millionen herabgesetzt.

Nach einer Meldung aus Athen übernimmt der Kriegsminister General Pangalos das Kommando über das Heer in Thrakien. Der Ministerpräsident Gonatas übernimmt das Portefeuille des Krieges.

Der englische Schahinhaber Baldwin fährt auf der „Majestic“ nach Amerika ab, um Verhandlungen zur Forderung der englischen Schulden in den Vereinigten Staaten zu treffen. In seiner Begleitung befindet sich Montagu Norman, der Leiter der Bank von England.

Der russische Handelsdelegierte Borowski, der sich kürzlich in Karlsruhe aufhält, hat sich von Karlsruhe nach Rom begeben, um die Verhandlungen über einen russisch-italienischen Handelsvertrag zu führen, die von Krassin eingeleitet worden sind.

Ein Aufmarsch der französischen Kommissare wird sich gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der papierne Friede.

Eine Weihnachtsencyklika des Papstes.

Aus Anlaß der Weihnachtsfeier hat sich der Papst in einer Enzyklika an die katholische Christenheit gewandt. Die ganze Not der Gegenwart kommt darin zum Ausdruck. Noch immer herrscht nicht Frieden auf der Erde. Er herrscht noch immer offener Krieg im Orient verheerter; in Europa leben die Völker, die noch in blühender Freiheit des Hofes eingeschüttelt und von gegenseitigen Mißtrauen und Befehdungen leben. Aus schmerzlichen Worten die Besiegten. Aber auch die Sieger und selbst die Neutralen bleiben nicht verschont. Man lese in beständiger Angst und in Besorgnis der Verfallung der trostlosen Lage des bewaffneten Friedens, der fast den Krieg ohne Unterbrechung bedauert, der die Finanzen der Völker ruiniert, die Blüte ihrer Jugend verderbt und die reinen Quellen des geistlichen, intellektuellen, religiösen und moralischen Lebens verstopft. Das zweite Uebel seien die inneren Kämpfe. Der Papst untersucht sodann die Ursachen dieses Übels, die in den Menschen selbst liegen.

Formell sei der Friede geschlossen, aber die Herzen mühten den Kampfgeist. Ein vollständiger Frieden, ein auf dem Papier geschlossener Frieden hat die Kämpfer eher noch verhärtet und die Wunden noch mehr vertieft. Die Quelle von Kämpfen und Jähzorn wie internationaler Ungerechtigkeiten, geradezu legitimiert, wenn sie mit Staatsraison und Vaterlandsliebe bemerkt, und so beinahe gerechtfertigt erscheinen.

Notwendig sei vor allem eine Befriedigung der Herzen und Gemüter. Einzig und allein die katholische Kirche sei fähig, den Vaterlandsliebe wirksam zu bekämpfen und den Massen den Geist wahrer Brüderlichkeit einzufloßen. Keine menschliche Einrichtung könne den Nationen ein internationales Recht geben, wie der wahre Völkerverbund das Christentum. Ein Trost in dieser trüben Zeit sei ihm, dem Papst, die Wieder- und Neuaufnahme der diplomatischen Beziehungen fast sämtlicher Staaten zum apostolischen Stuhl. Der Papst behauptet ferner, daß Völkern, sein Vaterland, das

Formulierung der deutschen Vorschläge

Berlin, 28. 12. Nachdem die Besprechungen mit den Sachverständigen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft in der Hauptsache zum Abschluß gekommen sind, geht die Reichsregierung nunmehr an die endgültige Formulierung unserer Reparationsvorschläge. Wenn sie zum Abschluß gebracht sein werden, steht mit Bestimmtheit noch nicht fest. Die Meinung eines Berliner Mittelblattes, daß die deutsche Regierung nach Amerika die Bitte gerichtet habe, eine Kommission nach Deutschland zu entsenden, mit dem Auftrage, die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu untersuchen, wird von zuständigen Stellen als unzutreffend bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird übrigens noch festgestellt, daß sich die heiligen Besprechungen der Regierung mit den Gewerkschaften nicht auf die Reparationsfrage beziehen.

Reparationsverhandlungen und Aufstand

Berlin, 28. 12. Gegenüber anders lautenden Mitteilungen stellt „Die Zeit“ fest, daß in den Verhandlungen über unsere neuen Reparationsvorschläge in keinem Stadium die Vertreter der Industrie mit der Regierung die Frage des Wertschutzes als Voraussetzung ihrer endgültigen Haltung zur Diskussion gestellt haben. Die Entscheidung der industriellen Vertreter sind ganz unabhängig hiervon gefällt worden. Selbstverständlich ist im Laufe der Beratungen hervorgehoben worden, daß eine Steigerung der Arbeitsleistung notwendig sei, wenn die Industrie eine Gewährung für die Erfüllung des Zinsendienstes übernehmen solle, so müsse sie dazu auch durch eine entsprechende Steigerung der Produktion in den Stand gesetzt werden. Hierbei handelt es sich um eine natürliche Voraussetzung, über die allgemeine Übereinstimmung herrscht.

Vorwand für Sanktionen

Paris, 27. 12. Die Reparationskommission stellt in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig fest, daß Deutschland die für 1922 vorgesehene Holz-

Das Echo in Frankreich.

In Frankreich hat die päpstliche Enzyklika amnestisch fast verjüngt. „Temps“ verweist im dagegen, daß die Enzyklika den augenblicklichen Frieden in Europa als einen künstlichen bezeichnet, und will nicht zulassen, daß man diesen Frieden als ein einfaches Stück Papier ansehe. Die Enzyklika werde in der ganzen katholischen Welt verlesen. Unter den Gläubigen werde mehr als einer Mitleid haben, zu befehlen, daß man ihn empfinde, den Frieden, der die Einheit und Sicherheit des Landes wiederhergestellt habe, so niedrig einschätzten. — „Echo de Paris“ will nicht glauben, daß es das französische Volk sei, das die unrichtige Anschauung vertritt. Wenn die Rechnung, die die Alliierten Deutschland mit dem bekannten Ergebnis vorlegen könnten, viel geringer sei als die wirklichen Bewältigungen, dann rühre das eben daher, daß sie durch die Baumsperre gemindert worden sei.

Amerikas Anleihepläne und Deutschlands Schicksal

Eine grundsätzliche Betrachtung von Hans Martin Elster.

Welch kühner politischer Kopf der Deutsche, einschließlich der meisten seiner praktischen Verursacher ist, erweist sich wieder in den letzten Wochen, da die Gerichte über eine amerikanische Anleihe ausstachen. Wie Welt habe sofort in vollstem Optimismus. Man sehe zwar vor seinen Optimismus noch eine Warnungstafel, aber diese Warnungstafel wurde gestillt übersehen und man gab sich strupulos den Hoffnungen auf wirtschaftliche Konventionen hin, ohne sich klar zu machen, um was es sich bei einer amerikanischen Anleihe für Deutschland eigentlich handelt. Es ist aber unbedingt notwendig, daß

Leistungen nicht vollständig ausgeführt hat. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit gegen die eine Stimme des englischen Delegierten, daß diese Nichtausführung eine Verletzung im Sinne des § 17 Annex 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles darstelle. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten ferner, die alliierten Regierungen an die Belästigung der Reparationsnote vom 21. März zu erinnern, wonach Deutschland, wenn es innerhalb der geforderten Grenzen die Sachleistungen nicht zur Ausführung bringt, am Schluß des Jahres 1922 gehalten sein soll, entsprechende Zuschätzungen in bar zu leisten.

Gegenstände im amerikanischen Senat

Paris, 27. 12. Aus Washington meldet die „Chicago Tribune“: Wegen des Antrages Borah, wodurch Präsident Harding aufgefordert wird, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, werden sich harte Kämpfe im Senat abspielen. Man hofft, daß Senator Borah seinen Antrag abändern wird. Die republikanischen Senatoren werden in dieser Woche mit dem Präsidenten Harding verhandeln. Borah dürfte der Besprechung zugegen werden. Man nimmt an, daß Borah den Antrag so abändern wird, daß dieser als einfache Anregung gegenüber der Regierung gelten soll, daß sie alles tun möge, was geeignet wäre, Europa zu Hilfe zu kommen. Dem Präsidenten Harding soll es aber überlassen bleiben, sich darüber schlußig zu werden, in welcher Weise die Hilfeleistung erfolgen soll. Dem „Newport Herald“ wird telegraphiert, daß die Senatoren Lodge, Walsh und Curtis gestern den ganzen Tag über wegen Abänderung der Resolution Borah berieten. Auch diese beabsichtigen, dem Senat zu empfehlen, es dem Präsidenten Harding und dem Staatssekretär Hughes zu überlassen, die amerikanische Politik wegen einer Hilfeleistung für Europa so zu fassen, wie es ihm gut scheint. An irgend einen Vertrag durch den Kongress sollen sie nicht gebunden sein.

jeder Deutsche von Einsicht und Einfühl mit vollem Verantwortlichkeitsgefühl für Deutschlands Schicksal weiß, um was es in Wahrheit bei dieser amerikanischen Anleihe geht.

Wer die Meinungen und Berichte aus Amerika mit ruhigem Blut und politischem Wissen liest, wird bald feststellen, daß der Anleihekampf gar nicht darum geht, Deutschland wirtschaftlich oder politisch zu helfen, sondern daß es sich hier ganz einfach um eine endgültige Durchführung des Versailler Friedensvertrages handelt und um eine Wirtschaftshilfe für die unter Deutschlands Verantwortung lebende Produktion Amerikas und Englands. Die Quelle der Anleihepläne ist eine geschäftliche: Amerikas Baumwolle und Getreideproduzenten können ihre Ware nicht mehr absetzen. Deutschlands industrielle Produktion verurteilt Amerika und noch mehr England zu einer dauernden Arbeitslosigkeit. Dieser Zustand wurde nicht hervorgerufen durch das Versailler Friedensverbot an sich, sondern durch die Unmöglichkeit des Versailler Friedensvertrages. Bezieht man diese Möglichkeit — so kalkuliert der ruhig-kalte amerikanische Geschäftsmann — so sieht man Deutschland inband, den möglichen Versailler Forderungen (die immer noch höher sein werden, als je ein Deutscher zugehen kann) zu entsprechen. Entspricht Deutschland ihnen aber, so wird Deutschland wieder Abnehmer für Baumwolle und Getreide und hier Deutschlands Preisunterstützung auf dem industriellen Warenmarkt auf. Infolgedessen tritt Amerika für eine teilweise Revision des Versailler Vertrages ein.

Eine teilweise Revision ist aber von Amerika nur durchzuführen durch Macht! Und zwar politische und wirtschaftliche Macht. Die wirtschaftliche Macht Amerikas ist seine Anleihe, die in bar auch den Engländern, und indirekt durch Befestigung der Konkurrenz auch den Engländern zugute kommt und deren Deutschland zugedachte Mittel die Getreide- und Baumwollmärkte Deutschlands in Amerika duden sollen, die in Amerika verbleiben! Seine politische Macht ist

Amerika nur für die Sicherung der Anleihe ein, diese Anleihe soll die erste praktische Hypothek auf Deutschlands Staatsbesitz darstellen, die bisher als Theorie den Ententeländern laut Verfaller Diktat gehört. Kein Mensch gibt aber einem anderen einen Kredit, wenn dieser andere in der Gewalt eines Dritten ist. Solange Frankreich die Hand auf deutschen Staatsbesitz legen kann, ist eine Amerika-Anleihe unmöglich, denn dann hat Amerika keinerlei Sicherheiten für sein Verleihen. Frankreich nun wieder kann die Hand von Deutschlands Gurgel nicht formen, weil es — auf Grund seiner eigenen politischen Pläne — stets mit einer deutschen Revolution rechnet und sich also in Gefahr sieht. Den Schutz vor dieser Gefahr müßte also an Stelle Frankreichs Amerika übernehmen! Das heißt: wenn Amerika eine Anleihe gibt, bindet es sich auch mit seiner politischen Macht in der Richtung an Deutschland, daß es Deutschland verpflichtet und zwingt, auf jeden Fall einer Besetzung vom Versailler Diktat zu verzichten, solange die Anleihe nicht amortisiert ist und zweitens noch in der Richtung, daß es Deutschland vor den Zugriff Frankreichs auf deutschen Staatsbesitz schützt, nicht um Deutschlands, sondern seiner Anleihe willen schützt!

Mit anderen Worten: Deutschlands Schicksal ist als Folge einer Amerika-Anleihe die Gründung einer Neu-Verfassung und einer amerikanischen Schutzheer auf unabhängiger Welt. Deutschland wird die Türkei Mitteleuropas!

Welcher Deutsche kann solche Pläne fördern, solche Verträge nach dem Versailler Friedensdiktat unterschreiben? Wird die jetzige Regierung, wird die jetzt herrschende Generation die Freiheit besitzen, um vorübergehender, im Verhältnis zum deutschen Schicksal, keiner Wirtschaftsworte willen die endgültige Verfassung, den Verkauf Deutschlands an Amerika auch wenigstens für die nächste Generation perfekt zu machen? Und sehen alle ehrlichen Deutschen von heute die Tatsachen und Folgen der Amerika-Anleihe für Deutschlands Schicksal wahrheitsgemäß?

Jetzt beginnen die Entscheidungsmomente für unser Land und Volk, für unsere Zukunft, für unsere Freiheit! Jetzt heißt es, unbedingt dem reihen Verantwortungsgefühl, dem Gewissen für das Schicksal folgen und sich auf keine Weise aus wirtschaftlicher Kurage und Not verkaufen. Frankreich wird sich noch einige Monate sträuben, die Hand von der Gurgel Deutschlands zu nehmen; wenn aber die Summe, die es von Amerika aus der Anleihe erhält, groß genug ist, so daß es seine benutzerlose Staatsbank gewinnreich flott machen kann, und wenn Amerika die Garantie für Deutschlands Friedfertigkeit gegen Frankreich, die Amerika um seiner Anleihe willen leisten muß, leistet, wird Frankreich eines Tages in die Position des Versailler Vertrages, in die Anleihe und in die Zurückziehung seines Militarismus willigen und sich dann noch als die menschlichste Nation der Erde feiern lassen, nachdem es sein Geschäft gemacht hat. Deutschland ist dann aber unfrei, ein Besatzungsland Amerikas in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Deutschland verfallt dann in die furchtbaren Wirtschaftskrisen, weil keine Waren keinen Absatz mehr finden, denn sie müssen durch die Zinsen für die Anleihe und deren Amortisation stets über dem Weltmarktpreis liegen. Deutschlands Niedergang für Generationen, Deutschlands Schicksal ist dann besiegelt.

Darum muß sich das deutsche Volk heute rüsten, fest zu bleiben gegen alle Versucher aus Amerika, England und der Welt ringsumher. Die Aufgabe für das Jahr 1923 lautet an alle Deutschen: Kampf um Deutschlands Freiheit und gegenüber Amerikas Anleiheplänen!

Frankreichs Ruhrpläne.

Abschnürung des Ruhrgebietes durch eine Zollgrenze?

Dem „Newport Herald“ zufolge soll die Ansicht der französischen Regierung in der Frage der Maßnahmen im Ruhrlande nunmehr bekannt sein. Man beschließt die Schaffung einer Zollgrenze zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland, wodurch eine jährliche Einnahme von ungefähr einer Milliarde Goldmark erzielt